

## Notizen

Nach der Deutschen (vgl. ds. Heft, S. 323) hat auch die *Niederländische Bischofskonferenz* ihre Stellungnahme zu den „Lineamenta“ für die Bischofssynode 1987 veröffentlicht. In dem Papier wird besonders auf die Berufung und Sendung aller Christen abgehoben: „Bevor man über den besonderen Status und die Aufgaben der Laien spricht, sollte hervorgehoben werden, daß alle getauften und gefirmten Christen, die zu der einen Kirche gehören, dazu berufen, begnadet und gesandt sind, das Evangelium des Herrn zu leben und zu verkünden“. Der Stellungnahme beigefügt ist das Ergebnis einer Konsultation unter niederländischen Laien zu den „Lineamenta“. Auch die englischen Bischöfe veröffentlichten die Ergebnisse einer umfangreichen Konsultation zu den „Lineamenta“, nicht aber ihre offizielle Stellungnahme. Der Heilige Stuhl habe, so Kardinal Hume, verlangt, daß die Stellungnahmen der Bischofskonferenzen vertraulich bleiben sollten. Gleichzeitig warnte der Kardinal vor zu großen Erwartungen an die Bischofssynode im Herbst 1987.

Gegen eine Änderung des § 216 StGB („Tötung auf Verlangen“) hat sich der in Mainz lehrende katholische Moraltheologe *Johannes Reiter* ausgesprochen. Eine Änderung des Paragraphen sei weder nötig noch hilfreich. Um Sterben und Tod humaner zu gestalten, bedürfe es keiner Gesetzesänderung mit dem Ziel von mehr Selbstbestimmung. Für verantwortliche Hilfe im Sterben biete bereits der jetzige Paragraph genügend Spielraum. Er verbiete dem Arzt, Schmerzen zu lindern auch dann nicht, wenn der Tod des Patienten als Nebeneffekt dadurch früher eintrete. Und es liege auch im Ermessen des Arztes zu entscheiden, an welchem Punkte er auf die Möglichkeiten der Technik zugunsten einer ganzheitlichen Verantwortung für den Patienten verzichte.

Die Unterstützung der Entwicklungsprogramme der *Nicht-Regierungs-Organisationen* (zu denen vor allem auch die kirchlichen Hilfswerke gehören) unterstrich Ministerialdirigent *Helmut Schaffer* vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei einer Podiumsdiskussion des 1983 gegründeten Nord-Süd-Forums in Bonn. Nach Schaffers Angaben unterstütze das Ministerium die Nicht-Regierungs-Organisationen mit 8 Prozent seines Etats. Dies sei unvergleichlich mehr als in vergleichbaren anderen Ländern z. B. Frankreich. Schaffer bezeichnete die Bundesrepublik als klassisches Land für Nicht-Regierungs-Organisationen. Der Staat verstehe dies als Ausdruck gesellschaftspolitischen Selbstverständnisses, wonach Politik nicht dem Staat allein überlassen bleibe.

Zum neuen Bischof von Lugano ernannte Johannes Paul II. den aus dem Tessin gebürtigen Kirchenrechtler *Eugenio Corecco*. Der 55jährige Corecco folgt Bischof *Ernesto Togni* nach, der 1985 aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurückgetreten war. Seit 1969 lehrte Corecco, der u. a. auch in München studierte, an der Theologischen Fakultät der Universität Fribourg Kirchenrecht. Im Unterschied zu den Schweizer Bistümern Basel und Sankt Gallen, in denen das Bischofswahlrecht bei den Domkapiteln (unter Mitsprache der Kantonsregierungen) liegt und dem Papst nur die Bestätigung des Gewählten zukommt, ernennt der Papst den Bischof des erst seit 1971 bestehenden Bistums Lugano frei.

Neuer Präsident der Katholischen Aktion Italiens (ACI) wurde der 46jährige neapolitanische Rechtsanwalt *Rafaele Cananzi*. Cananzi ist Nachfolger des Geschichtsprofessors *Alberto Monticone*, der anlässlich des letzten Nationalkongresses vor allem von vatikanischen Stellen heftig kritisiert wurde (vgl. HK, Juni 1986, S. 263). Cananzi gilt als Vermittler, der dem früheren Präsidenten nahesteht. Er wurde aufgrund eines Dreivorschlags des Nationalrates der ACI von der Italienischen Bischofskonferenz ernannt.

In einem Gespräch mit der „Wiener Kirchenzeitung“ wandte sich der Bischof von Pécs und Sekretär der Ungarischen Bischofskonferenz *József Cserháti* energisch gegen den Vorwurf, die Kirche Ungarns liefere sich dem Staat aus oder stecke gar mit dem Kommunismus unter einer Decke. Die Kirche müsse zwar in wesentlichen Fragen mit dem Staat verhandeln, aber deswegen sei sie noch nicht unfrei. Der ungarische Staat habe der Kirche Zugeständnisse gemacht, die innerhalb des Ostblocks einmalig seien. Zwar gebe es Spannungen, im ganzen herrsche in seinem Land zwischen Kirche und Staat aber eine Periode der Toleranz.

Die Synode der (reformierten) Kirche von Schottland hat auf ihrer jüngsten Tagung mit überwältigender Mehrheit vier scharf antikatholische Aussagen der „Westminster Confession“ von 1647 formell außer Kraft gesetzt. Im Synodenbeschluss heißt es, die Kirche von Schottland bejahe diese Sätze nicht mehr, distanziere sich von ihnen und verpflichte ihre Amtsträger nicht mehr dazu, sie als verbindliches Bekenntnis anzuerkennen. Es handelt sich dabei um die Aussagen der „Westminster Confession“ über die Ordensgelübde als „hochmütige und sündige Fallstricke“, über das Verbot der Heirat von „Ungläubigen, Papisten und anderen Götzendienern“, über den Papst als Antichrist und

über das Meßopfer als „verabscheuungswürdigste Beleidigung“ des einen und einzigen Opfers Christi. Der Vorgang verdient Interesse, weil er eine gewisse Analogie zu der von der Gemeinsamen Ökumenischen Kommission in der Bundesrepublik vorgeschlagenen Aufhebung der gegenseitigen Verwerfungen aufweist.

Mit einem Treffen Ende Mai in Sierra Madre (Kalifornien) wurde der *Dialog zwischen der katholischen Kirche und Vertretern von Pfingstkirchen* fortgesetzt. Es handelte sich dabei um die zweite Zusammenkunft im Rahmen der dritten Phase des katholisch-pfingstlerischen Dialogs, die 1985 begann. Präsidenten der Dialogkommission sind der amerikanische Benediktiner *Kilian McDonnell* und von seinen der Pfingstkirchen *Justus du Plessis* (Südafrika). Thema der Tagung in Sierra Madre war „Der Heilige Geist und der Begriff der Koinonia im Neuen Testament“. Das katholische Hauptreferat hielt der Paderborner Dogmatiker *Heribert Mühlen*, der in der Bundesrepublik seit langem stark in der „Charismatischen Gemeindeerneuerung“ engagiert ist.

Bischof *Ricardo Ramírez* von Las Cruces (New Mexico) äußerte sich besorgt darüber, daß katholische „Hispanics“ in den Vereinigten Staaten ihre Kirche verlassen und sich fundamentalistischen Gruppen anschließen. Protestantische Gruppen betrieben erfolgreiche Werbekampagnen, denen die katholische Kirche nichts entgegenzusetzen habe. Die Kirche müsse sich um die Zuwanderer aus Lateinamerika bemühen, und zwar auf spanisch: „Wir können nicht warten, bis sie Englisch gelernt haben.“ Der Bischof bezweifelte, daß die lateinamerikanischen Basiskirchen auf US-amerikanische Verhältnisse übertragen werden könnten.

Nach einem Bericht des römischen Fides-Dienstes verweigert *Nigeria* seit einiger Zeit christlichen Missionaren die Einreise. Begründet wird das mit dem Hinweis, das zulässige Kontingent ausländischer kirchlicher Mitarbeiter sei erschöpft. Noch im Februar wurde den Bischöfen durch die Einwanderungsbehörde erklärt, das Problem lasse sich regeln, aber auch in der Zeit danach wurden – mit der gleichen Begründung – keine Missionare mehr ins Land gelassen. Es wird vermutet, daß dieses Vorgehen der staatlichen Behörden nicht zuletzt mit der zunehmenden Islamisierungspolitik im Lande zusammenhängt.

Beilagenhinweis:

*Dieser Ausgabe liegen je ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, und der Verlagsbuchhandlung Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, bei.*